Anlage 2

Antrag auf Einburge	erung		, den
nach ☐ § 8 StAG	☐ § 9 StAG	☐ § 10 StAG	
Bitte alle Fragen beantwo Sollte der Platz bei einer Bei Minderjährigen ab 16	Frage nicht ausreichen, v	weitere Ausführungen bitte auf einem Beiblatt. erag erforderlich.	
Ich beantrage die Verleihu mache über meine persön			
1. Angaben zu meiner Per Familienname (ggf. Geburtsname)	son	Vorname(n)	Vermerke der Behörde
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Sta	aat	
Wohnort (PLZ, Ort)	<u> </u>	Straße	
ausgeübter Beruf			
Tel. / Fax / E-Mail			
Familienstand		seit	
☐ ledig ☐ verheiratet ☐ verw	itwet ☐ geschieden ☐ getren	ant lebend	
Ort der Eheschließung / Begründun	g der Lebenspartnerschaft		
Bei Scheidung oder gerichtlicher	r Aufhebung (Tag der Rechtskraft	- Anerkennung – des Urteils)	
2. Angaben zur Person me Lebenspartnerin/Lebens Familienname (ggf. Geburtsname)		tten, meine(r,s) eingetragenen Vorname(n)	
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, S	 taat	
Wohnort (PLZ, Ort)		Straße	
Ausgeübter Beruf			
Staatsangehörigkeit(en)	lst die Einbürgerung ☐ Nein	ebenfalls beantragt ?	
Angaben zu meine(r,n) frü Frühere Ehen / Lebenspartnerschaf			
Nein	□ Ja,		
	Staatsangehörigkeit meine(r,s) fr	rüheren Ehegattin / Ehegatten / Lebenspartner(s, in)	
	2. Ehe / Lebenspartne	erschaft von - bis aufgelöst durch	
	Staatsangehörigkeit meine(r,s) fr	rüheren Ehegattin / Ehegatten / Lebenspartner(s, in)	

Referat 14

Aufenthaltsrecht					Vermerke der
Niederlassungserlaubnis?		☐ Nein ☐ Ja, ert	eilt am		
Aufenthaltsberechtigung ? ☐ Nein ☐ Ja, ert		teilt am			
Aufenthaltserlaubnis?		☐ Nein ☐ Ja, ert	rteilt am		
Rechts	Rechtsgrundlage §		§		
gültig b	gültig bis				
Freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger	Freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger Nein Ja				
4. Angaben zu meinen Bitte auch eintragen: voll		inder aus früherei	n Ehen; außereheliche I 2.Kind	Kinder , 3.Kind	
Familienname					
Vorname(n)					
Geburtsdatum					
Geburtsort					
Staatsangehörigkeit(en)					
Mit einzubürgern ?	☐ Nein	□ Ja	☐ Nein ☐ Ja	□ Nein □ Ja	
Das Kind stammt aus:					
- jetziger Ehe					
- früherer Ehe					
- keiner Ehe					
wurde adoptiert					
Bei Miteinbürgerung: Nachweis der z.Zt. besuchten Schule	□ liegt	bei	☐ liegt bei	☐ liegt bei	
	4.Kind		5.Kind	6.Kind	
Familienname					_
Vorname(n)					
Geburtsdatum					
Geburtsort					
Staatsangehörigkeit(en)					
Mit einzubürgern ?	☐ Nein	□ Ja	☐ Nein ☐ Ja	☐ Nein ☐ Ja	
Das Kind stammt aus:					
- jetziger Ehe					
- früherer Ehe					
- keiner Ehe					
wurde adoptiert					
Bei Miteinbürgerung: Nachweis der z.Zt. besuchten Schule	□ liegt	bei	☐ liegt bei	☐ liegt bei	

Referent 14

Schulabschluss

(Gericht, Staatsanwaltschaft)

private Krankenversicherung

zurückgenommen.

abgelehnt.

zurückgestellt.

11. Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Loyalitätserklärung

(abzugeben von Einbürgerungsbewerbern über 16 Jahre)

Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

Insbesondere erkenne ich an:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen.
 - a) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
 - b) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
 - c) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
 - d) die Unabhängigkeit der Gerichte,
 - e) den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
 - f) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.
- 2. Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die
 - a) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
 - b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
 - c) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

◆ Unterschrift			
	← Bitte erst bei Antragsabgabe unterschreiben		
Für die Richtigkeit vorstehender Unterschrift			
	Im Auftrag		
, den	(Siegel)(Behörde / Unterschrift)		

Ministerium für Inneres und Kommunales N Referat 14

Verwaltungsgebühren:

255,--€je erwachsenen Einbürgerungsbewerber

51,-- € für jedes miteinzubürgernde minderjährige Kind ohne eigenes Einkommen

255,--€ für jedes selbständig einzubürgernde Kind

Bei Ablehnung oder Rücknahme des Antrags werden i.d.R 75% der jeweiligen Verwaltungsgebühr fällig.

Die Gebührenbemessung erfolgt nach § 38 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) in der derzeit gültigen Fassung.

Ich bin damit einverstanden, dass die Einbürgerungsbehörde ggfs. während des laufenden Einbürgerungsverfahrens einen Vorschuss oder eine Sicherheitsleistung nach § 16 des Verwaltungskostengesetzes (VwKostG) vom 23. Juni 1970 verlangen kann. Die Gebühr ist spätestens vor Aushändigung der Einbürgerungsurkunde in voller Höhe zu zahlen.

Belehrung über die Richtigkeit der Angaben

Ich versichere, dass meine Angaben richtig sind. Ich habe davon Kenntnis genommen, dass unrichtige oder unvollständige Angaben zur Ablehnung oder Rücknahme der Einbürgerung sowie zu einer Freiheits- oder Geldstrafe (§ 42 Strafgesetzbuch) führen können und dass ich verpflichtet bin, Änderungen meiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse während des Verfahrens unverzüglich mitzuteilen.

Einwilligung gem. § 4 Abs.1 Satz 1 Buchstabe b Datenschutzgesetz NRW
Ein Informationsblatt zur Datenerhebung und –verarbeitung wurde mir ausgehändigt.

Ich bin damit einverstanden, dass die in diesem Informationsblatt genannten und für die Bearbeitung des Einbürgerungsantrags benötigten personenbezogenen Daten aufgrund des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22.07.1913 in der z.Zt. gültigen Fassung und den dazu ergangen Rechtsvorschriften in Verbindung mit §§ 12,13 Datenschutzgesetz NRW erhoben, verarbeitet und gespeichert werden.

Hinweis zur Verfassungstreue

Ich bin über die Bedeutung des Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung belehrt worden,

Ein Informationsblatt zur Loyalitätserklärung wurde mir ausgehändigt. Von dem Inhalt des Informationsblattes habe ich vor der Unterzeichnung der Loyalitätserklärung Kenntnis genommen.

	Datum, Unterschrift des Einbürgerungsber	werbers / der Einbürgerungsbewerberin,			
Lichtbild (aus neuerer Zeit)					
	Bei Miteinbürgerung von Kinde Ich (wir) beantrage(n) hiermit ebe Staatsangehörigkeit für die in dies aufgeführten Kinder.	nfalls die Verleihung der deutschen			
	◆ Datum, Unterschrift der/des gesetzlichen \u2216	Vertreter(s/in)			
Für die Richtigkeit vorstehender Unterschrift(en)					
		Im Auftrag			
, den	(Siegel)	(Behörde / Unterschrift)			

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, Referat 14

Information zur Abgabe der Loyalitätserklärung

Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist eine Staatsform, die keine Gewalt- und Willkürherrschaft kennt. Die Staatsgewalt wird vom Volke über die von ihm gewählten Vertreter im Parlament ausgeübt. Sie beinhaltet einen Rechtsstaat, der Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit jedes Einzelnen schützt.

Was bedeutet dies konkret? Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Begriff fasst man die Wertvorstellungen des Grundgesetzes zusammen. Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen insbesondere:

- die Achtung der Menschenrechte, vor allem das Recht jedes Menschen auf Leben und freie Entfaltung und Gleichbehandlung (hierzu zählt auch die Gleichberechtigung von Frau und Mann),
- die Souveränität des Volkes,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Nachfolgend werden Ihnen diese Grundwerte der deutschen Verfassung näher erläutert:

1. Demokratie und Volksherrschaft

Nach dem Grundgesetz geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Das Volk bestimmt in regelmäßigen Wahlen Vertreter im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden. Diese nehmen die Interessen der jeweiligen Ebene, für die sie gewählt wurden, wahr und treffen die Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip.

2. Achtung der Grundrechte

Die Grundrechte ermöglichen es dem Einzelnen unter anderem, sich gegen deren Beeinträchtigung durch den Staat zu wehren. Der Staat hat die Grundrechte eines jeden Menschen zu schützen, aber auch gegen andere Menschen, Personenvereinigungen und Organisationen. Jeder Mensch hat Anspruch auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Niemand darf andere in ihrer freien Selbstbestimmung beeinträchtigen, z.B. hinsichtlich der religiösen Betätigung sowie des Zugangs zu Informationen, zur Bildung und zum Berufsleben. Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

3. Gewaltenteilung

Der Grundsatz der Gewaltenteilung dient der Hemmung und Kontrolle staatlicher Macht. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt (siehe unter 1.) wird durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlamente), der vollziehenden Gewalt (Regierungen und Verwaltungen) und der Rechtsprechung (Gerichte) ausgeübt. Die Parlamente kontrollieren die Arbeit der Regierung.

4. Rechtsstaatsprinzip

Das Rechtsstaatsprinzip gewährleistet vor allem, dass Regierung und Verwaltung die Gesetze einhalten und es einen gerichtlichen Rechtsschutz bei Rechtsverletzungen durch die öffentliche Gewalt gibt. Jedem Bürger steht der Weg zu den Gerichten offen.

5. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung

Die Verwaltungen müssen die Gesetze beachten und anwenden. Maßnahmen, die in Rechte des Bürgers eingreifen, bedürfen zu ihrer Rechtfertigung grundsätzlich einer gesetzlichen Grundlage, die diese Maßnahmen zulässt oder erlaubt.

6. Unabhängigkeit der Gerichte

Die Gerichte sind unabhängig. Sie können von Regierungen oder Parlamenten nicht kontrolliert werden. Die Richter sind nur ihrem Gewissen bei der Rechtsanwendung verpflichtet. Jeder Bürger hat einen Anspruch auf einen fairen Prozess.

7. Mehrparteienprinzip und Chancengleichheit der politischen Parteien

Ein wesentliches Merkmal der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist, dass es verschiedene Parteien gibt. Alle Parteien haben die gleichen Chancen, ihre politischen Vorstellungen in die Tat umzusetzen. Gründung, Bestand und Tätigkeit der Parteien sind frei von staatlichen Einflüssen und Eingriffen. Bei Wahlen haben alle Parteien die gleichen Möglichkeiten, für sich zu werben und gewählt zu werden. Durch das Mehrparteienprinzip wird die Meinungsvielfalt im öffentlichen Leben gewährleistet.

8. Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition

Die Opposition bildet das politische Gegengewicht zur Regierung und hat die Aufgabe, sie zu kontrollieren. Sie kann Gesetzentwürfe einbringen. Die Regierung darf die Opposition nicht in ihrer Arbeit behindern.

Für Ihre Einbürgerung ist es wichtig, dass Sie die eben beschriebenen Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstanden und akzeptiert haben. Bitte stellen Sie Fragen, wenn Ihnen hierzu noch etwas unklar ist.

Mit Ihrer Unterschrift bekennen Sie sich zu den Grundwerten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Durch Ihre Unterschrift erklären Sie aber auch,

- dass Sie keine Bestrebungen unterstützen oder selbst verfolgen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung wenden,
- dass sich Ihre Handlungen nicht gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland wenden,
- dass Sie die Amtsausübung der gewählten Organe des Landes nicht behindern werden und
- dass Sie die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht durch Ausübung von Gewalt oder durch Vorbereitung solcher Handlungen gefährden wollen.